Monatsspiegel

Oktober 2019

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Streiken für das Klima

Von Lou Schocke
Fridays for Future Erlangen

Fridays for Future. Das sollte den Meisten dank der letzten Monate ein Begriff geworden sein. Fridays for Future das sind wir. Wir sind eine Jugendbewegung aus allen Jugendlichen, Studenten und Schülern, die sich die Zerstörung unserer Erde einfach nicht mehr länger ansehen können. Wir möchten die Politik dazu bewegen, uns zu hören und uns ernst zu nehmen, um dann so bald wie möglich etwas zu verändern. Damit meinen wir nicht einen Kohleausstieg in 2038. Wir brauchen jetzt Veränderung. Es ist jetzt an der Zeit zu handeln und wenn dazu ungewöhnliche Methoden angewandt werden müssen, dann müssen wir Menschen das endlich gemeinschaftlich tun.

Wir streiken. Das ist ungewöhnlich. Wir verweigern eines der höchsten Güter, welches uns zu Verfügung gestellt wird: Bildung. Das tun wir nicht, weil wir undankbar sind, sondern weil damit alle Augen auf uns gerichtet werden. Wir tun etwas, was wir nicht sollen. Da richtet doch wie selbstverständlich nicht nur Deutschland die Augen auf uns, sondern auch die meisten anderen Länder, in denen Jugendliche auf die Straße gehen und streiken.

Eine Jugendklimabewegung ist entstanden, die nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Welt bewegt. Fridays for Future ist seit Beginn dieses Jahres 2019 immer populärer geworden, sodass nun so viel für Klimaschutz demonstriert wird wie schon lange nicht mehr.

Alles begann letztes Jahr in Schweden mit Greta Thunberg. Greta war damals 15 und ist mittlerweile 16 Jahre alt. Sie dachte schon lange über den Klimawandel nach und was man dagegen tun könnte. Ihre Lösung war ihren wertvollen Anspruch auf Bildung einmal die Woche einzubüßen, um dafür stattdessen vor dem schwedischen Parlament zu sitzen, mit einem Schild, wo schwarz auf weiß stand und immer noch steht: Skolstrejk för Klimatet. Dies heißt übersetzt schlicht und ergreifend: Schulstreik für das Klima. Nach einigen Wochen, wenn nicht sogar Monaten des freitäglichen Streiks, passiert es: Ihre Idee schwappt weiter. Sie stößt etwas an.

Wie Fridays for Future in Erlangen begann

Wenn wir nun einen Blick auf Erlangen werfen, dann stellen wir fest, dass sich Erlangen stolz als eine der ersten Ortsgruppen in Deutschland bezeichnen kann. Schon im Dezember haben Erlanger auf einer der ersten Demonstrationen in Berlin teilgenommen. Kurz darauf hat die erste Demonstration in Erlangen stattgefunden.

Hierfür hat sich zwei Tage vorher ein Organisationsteam aus interessierten Menschen zusammengefunden. Viele waren es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Aber dennoch: Der harte Kern hält sich. Das Team geht von vielleicht 50 Teilnehmenden aus. So ist es auch angemeldet. Kurz vor Beginn der Kundgebung sind es deutlich mehr als 300 Leute und es werden immer mehr. Die Welle ist also geschwappt und das Team ist auf Potenzial gestoßen. Deshalb wurde begonnen, sich zu organisieren, um weiterhin Demonstrationen und Kundgebungen zu veranstalten. Das Team beginnt zu wachsen.

Zeitgleich beginnen wir uns deutschlandweit zu vernetzen. Dazu wählen wir Delegierte, die für uns mit anderen Ortsgruppen kommunizieren. Aus anfänglichen 50 Ortsgruppen sind inzwischen über 500 geworden. Um das alles zu koordinieren, haben wir Gruppen und auch Telefonkonferenzen in denen

Fortsetzung auf Seite 3

05.10.	15.00	Rundhang Eltersdorf	Egidienplatz	S. 20
08.10.		Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung		S. 19
08.10.	19:30	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 19
09.10.	18:00	Distrikt Anger-Bruck	Angerwirt	S.17
09.10.	20.00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 19
10.10.	17.00	Rundgang Sieglitzhof/Markuskirche		S. 20
12.10.	14.00	Rundgang auf der Brucker Höhe		S. 20
15.10.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 19
15.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	
16.10.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S. 18
17.10.	20:00	KMV	Turnerbund	S. 3
19.10.	10:00	Jusos: Themenseminar Wahlprogramm	wird noch bekanntgegeben	
19.10.	15.00	Rundgang Frauenaurach		S. 20
22.10.	19.30	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 19
23.10.	19.00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
25.10		Hotspot Politik		
26.10.	15.00	Rundgang Tennenlohe		S. 20

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	10:00 bis 15:00 Uhr
Dienstag	10:00 bis 15.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	12:00 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 17:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Stefan Barth, Monika Fath-Kelling, Renate Schmidt, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

sich informiert wird. Außerdem gibt es auch deutschlandweite Arbeitsgruppen, die Ideen und Konzepte entwickeln und ausführen, sodass große Aktionen wie der Großstreik in Aachen im Sommer 2019 möglich werden.
Bei uns in Erlangen hat sich eine gewisse Routine entwickelt, nachdem unser Organisationstreffen mit mittlerweile um die 30 Personen ins E-Werk umzieht. Die Routine hilft uns, aber Fridays for Future wäre nicht Fridays for Future, wenn wir uns nicht ständig entwickeln würden und wachsen würden. Uns Aktivsten trifft man seit diesem Jahr im Fernsehen an und regelmäßig in der Tagesschau. Die Zeitungen sind voll von uns. Wir nehmen diese Herausforderung an, die uns die öffentliche Aufmerksamkeit bietet und entwickeln uns weiter. Gehen weiter und weiter über reinen Streik und reine Demonstrationen heraus.
Fridays for Future und die Stadt Erlangen
Dann stehen wir Aktivisten einen Nachmittag im späten Frühling im Ratssaal und stellen Anträge an den Stadtrat in der Bürgerversammlung, die wir selbst ausgearbeitet haben. Die deutschlandweiten Forderungen sind schon seit einigen Wochen in der Öffentlichkeit. Wir fordern, Nettonull und 100% erneuerbare Energien bis 2035 und die Abschaltung von Kohlkraft bis spätestens 2030. Was 2019 noch erreicht werden muss, ist das Ende der Subventionierung fossiler Brennstoffe, das Abschalten eines Viertels der Kohlekraft und die Einführung einer angemessenen CO2 Preises. Und was uns besonders wichtig ist: Wir fordern sozialverträgliche Lösungen. Diese Forderungen wurden gemeinsam mit Wissenschaftlern ausgebarbeitet und stützen sich unter anderem auf den IPCC Report, der die kommenden Folgen des Klimawandels aufzeichnet, aber auch auf das Pariser Klimaabkommen, dass auch Deutschland unterschrieben hat. In diesem Abkommen wurde zum Beispiel das 1,5 Grad Ziel zur Eindämmung der Erderwärmung festgelegt.
Wir möchten aufzeigen, wo wir Handlungsbedarf sehen. Das wirkt und unsere Anträge werden angenommen. Ein Prozess der Kommunikation zwischen der Stadt und uns kommt ins Rollen. Wir beginnen unsere Anträge noch einmal mit der Stadtverwaltung zu überarbeiten und uns vorstellen zu lassen, was die Stadt schon gegen die Klimakrise tut. Außerdem beginnen wir mit den Stadtfraktionen ins Gespräch zu

treten und verbringen spannende Stunden in angeregten Unterhaltungen. Am 29.Mai. ist es dann nach drei Stunden Diskussion endlich soweit: Die Stadt Erlangen ruft den Klimanotstand aus und hat damit unserem ersten Antrag stattgegeben.
Klimanotstand bedeutet mehr als nur Symbolik, sondern zeigt stadtweit, dass wir uns in einer Klimakrise befinden und diese gemeinsam in Angriff nehmen müssen und so schnell wie möglich alle Maßnahmen einleiten müssen, um auch in Erlangen das so wichtige 1,5 Grad Ziel einzuhalten.
Unser zweiter Antrag mit genaueren Ideen zum Thema Veränderungen und Anpassungen der Stadt aufgrund der Klimakrise, wurde ebenfalls angenommen und so wird der Kommunikationsprozess zwischen uns und der Stadt noch andauern, um gemeinsam daran zu arbeiten, was beschlossen wurde
Eine Generation leistet Widerstand
Unsere Generation hat beschlossen, dass wir aufhören wollen mit Denkfehlern und Ignoranz. Wenn wir gerade in einer Position wären, wo wir mehr verändern könnten, wo wir nicht nur Denken anstoßen könnten, sondern handeln könnten, dann glaube ich, dass wir trotz aller Schwierigkeiten auf eine deutliche akutere Weise dieses Problem angehen würden.
Aber in dieser Position befinden wir uns nicht – noch nicht. Aber wir werden so lange auf die Straße gehen, bis wir dieser Position näher kommen. Wir sind bereit etwas zu ändern. Wir sind noch sehr viel länger auf diesem Planeten, den es nur einmal gibt, als die meisten von den Menschen, die gerade fundamental unsere Zukunft beeinflussen. Wir sind auch nicht nur bereit etwas zu ändern, wir sind auch bereit etwas dafür aufzugeben.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 17. Oktober 2019, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:
1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Wie gelingt die Erlanger Verkehrswende?
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

Vorstellung der zur Wahl stehenden KandidatInnen-Teams

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Leserinnen und Leser des Monatsspiegels, vom 14. Bis 25. Oktober haben alle SPD-Mitglieder die Möglichkeit über die neue Parteispitze mitzubestimmen – online oder per Brief. Im nachfolgenden wollen wir euch die einzelnen Teams vorstellen. Mehr Infos zu den Teams sowie zum Ablauf des Verfahrens sind dabei auf „unsere.spd.de“ zu finden.

PETRA KöPPING & BORIS PISTORIUS
Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (61)
Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport (59)

ÜBER UNS
Wir kommen aus der Kommunalpolitik. Wir mögen den unmittelbaren Austausch, kennen die Sorgen der Menschen vor Ort und wir hören zu, um zu helfen - schnell und pragmatisch. Anpacken hat uns auch in der Arbeit als Ministerin und Minister geprägt. Es ist uns wichtig, am Ende das zu halten, was wir versprechen. Wir wollen, dass niemand, der hart arbeitet, Angst vor dem Alter oder der Zukunft seiner Kinder haben muss. Wir machen Politik, damit es den Menschen morgen besser geht als heute. Kurt Schumacher hat gesagt, dass Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt. So machen wir es auch.
DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN
Wir wollen das Leben für alle Menschen besser machen. Frauen und Männer müssen gleiche Chancen haben. Wir wollen, dass Steuern wieder gerecht werden und Armutsfallen im Alter – gerade für Frauen – verhindert werden. Wir wollen ausreichend bezahlbaren Wohnraum, vor allem in den Städten. Deutschland soll das familienfreundlichste Land Europas werden. Wir wollen eine starke Demokratie, starke Sozialsysteme und eine gesunde soziale Marktwirtschaft. Und wir wollen eine starke Klima- und Umweltpolitik, die mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang steht.
KURZ NACHGEFRAGT
1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?
Wir Sozialdemokrat*innen waren immer die Partei, die gesellschaftlichen Wandel gestaltet hat und den Menschen die Angst vor der Zukunft genommen hat. Das schaffen wir auch beim Klimawandel: Wir wollen ein rund 450 Mrd. Euro starkes Investitionspaket für die Energiewende, die Gebäudewende und die Verkehrswende. Wir wollen Bildung, Forschung und Industrie stärken, die Verkehrsinfrastruktur ertüchtigen und den ÖPNV günstiger und besser machen. Wir brauchen einen nachhaltigen Energiemix und setzen uns für die Stärkung bewusster Ernährung und die Förderung regionaler Absatzmärkte ein.
2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?
Wir brauchen eine gerechte Verteilung des Wohlstands und eine umfassende Steuerreform. Das Steuerrecht muss einfacher und gerechter werden. 40 Prozent der Haushalte besitzen nicht die finanziellen Möglichkeiten, um Vermögen aufzubauen. Sie haben keine Reserven, um sich nachhaltig finanziell abzusichern oder in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Das durchschnittliche Vermögen der Bundesbürger*innen ist im Vergleich eines der geringsten in der Eurozone, obwohl wir ein so reiches Land sind. Das Vermögen ist bei wenigen konzentriert. Diese Entwicklung ist ungesund für unsere Gesellschaft, das werden wir ändern. Darüber hinaus wollen wir die Spitzenvermögen durch eine moderne und gerechte Erbschafts- und Vermögenssteuer heranziehen, um in die Zukunft der Gesellschaft zu inve-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.10. Jürgen Sigwart
75 Jahre

05.10. Udo-Helge Suppan
78 Jahre

08.10. Herta Marhoff
82 Jahre

08.10. Jürgen Tendel
80 Jahre

17.10. Doris Klein
74 Jahre

17.10. Irma Hamann-Wittmann
70 Jahre

20.10. Marianne Benz
82 Jahre

23.10. Gunda Gerstenmeyer
65 Jahre

26.10. Gerhard Trescher
76 Jahre

28.10. Alfred Opitz
82 Jahre

stieren.
3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?
Wir müssen unsere Ziele selbstbewusst, mit Stolz und ohne auf die anderen zu schauen, geschlossen vertreten. Wir müssen zu unseren Beschlüssen und Positionen stehen und wir müssen anständig miteinander umgehen. Nur wir stehen für eine Politik, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert.
4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?
Das, was die Menschen unmittelbar für ihr Leben brauchen, darf kein Geschäftsmodell sein. Dazu gehören das Gesundheitswesen, die Wasser- und Energieversorgung, die Abfallentsorgung, der ÖPNV und die Verkehrsinfrastruktur. Pflege muss in unserer immer älteren und gesunderen Gesellschaft erschwinglich und verfügbar sein, genauso wie Bildung, von der Krippe bis zum Berufseintritt.
5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?
Wir wollen Politik für die Menschen in der Mitte der Gesellschaft machen, für Familien und Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen und ohne Kapitalerträge. Wir wollen Politik für die Menschen machen, die alleine ihre berechtigten Bedürfnisse gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht nicht durchsetzen können oder deren Stimme nicht laut genug ist, um sich Gehör zu verschaffen.

KLARA GEYWITZ & OLAF SCHOLZ
Politologin, Mitglied des Landtags Brandenburg (43)
Rechtsanwalt, Bundesminister der Finanzen (61)

ÜBER UNS
Klara: Ich bin in Potsdam geboren und lebe dort auch heute sehr gerne mit Mann und drei Kindern. Ich bin 1994 in die SPD eingetreten, weil ich in schwierigen Zeiten die Partei stärken wollte, die für soziale Sicherheit kämpft. Im Landtag arbeitete ich zuletzt an einem Paritätsgesetz für mehr Frauen in der Politik.
Olaf: Ich bin Anwalt für Arbeitsrecht, übe aber seit über 20 Jahren politische Ämter auf Landes- und Bundesebene für die SPD aus, darunter Erster Bürgermeister in Hamburg, Bundesarbeitsminister und SPD-Generalsekretär. Gegenwärtig bin ich Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN
Als Team wollen wir die SPD wieder zu einer starken linken Volkspartei machen, die stolz ist auf sich selbst. Das ist eine Voraussetzung, um wieder mehr Vertrauen von den Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten. Denn die SPD wird gebraucht, um unsere zunehmend gespaltene Gesellschaft zusammenzuführen. Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, dass die SPD klar und erkennbar für den sozialen Fortschritt steht und eine

politische Mehrheit in Deutschland möglich ist – ohne die Union.
Wir stehen für Erneuerung und Erfahrung.

KURZ NACHGEFRAGT

1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?
Jede Generation hat ihre Megaherausforderung. In Zeiten des Kalten Krieges war es die atomare Bedrohung. Heute droht die Menschheit durch falsches Wirtschaften unseren Planeten zu ruinieren. Wir werden die Art und Weise, wie wir Energie produzieren, Lebensmittel herstellen und wie wir uns fortbewegen, ändern müssen. Die SPD steht dafür, dass dieser Wandel sozial verträglich gelingt. Der Klimaschutz ist eine ökonomische Chance, unser Land zu modernisieren, damit wir auch künftig eine starke Volkswirtschaft mit guten Arbeitsplätzen bleiben.
2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?
Wir werden hohe Einkommen höher besteuern und gleichzeitig die unteren Einkommen stärken. Eine Vermögenssteuer wie in der Schweiz zählt für uns dazu. Der Niedriglohnsektor muss drastisch verkleinert werden. Wir wollen einen Mindestlohn von wenigstens 12 Euro. Altersarmut verhindern wir mit stabilen und ordentlichen Renten, für junge Familien schaffen wir die Kindergrundsicherung und erhöhen mit kostenfreien Kitas und Krippen die Bildungschancen.
3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?
Es muss klar sein, wofür die SPD steht. Etwa für unser Sozialstaatskonzept, für die Grundrente, für unsere Vorstellungen zum Abbau des Soli, für faire Steuern und für den Wert und die Würde von Arbeit. Wir stehen für ein einiges und starkes Europa. Als Friedenspartei werben wir für internationale Zusammenarbeit. Die SPD wird wieder stark, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr am stärksten zutrauen, die Probleme des Landes zu lösen.
4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?
Daseinsvorsorge ist für uns die Sicherheit, dass die wichtigen Dinge des Alltags für alle bezahlbar sind und bleiben. Dazu gehört die Versorgung mit Wasser genauso wie ein erstklassiges Gesundheitssystem und ordentliche Pflege sowie ein guter öffentlicher Nahverkehr. Der Kampf gegen steigende Mieten und für mehr Wohnungsbau zählen auch dazu – Wohnen ist ein Menschenrecht. Und der Zugang zu Kultur und Sport zu erschwinglichen Preisen.
5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?
Die SPD ist die eine große Bewegung, die die Gesellschaft zusammenführen will. Sie verbindet Soziales, Ökologie und Ökonomie miteinander. Wir wollen, dass Menschen zur SPD kommen, weil sie sich hier am besten für eine gute Politik engagieren können: der Gewerkschafter, der für bessere Löhne kämpft; die junge Frau, die sich bei den Jusos für mehr Gleichberechtigung einsetzt; der Sozi mit gutem Einkommen, der eine solidarische Gesellschaft möchte; die Zugezogene, die Deutschland zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft machen möchte, und der Genosse aus der Lausitz, der nicht will, dass seine Region abgehängt wird.

CHRISTINA KAMPMANN & MICHAEL ROTH

Landtagsabgeordnete (39)
Staatsminister für Europa (49)

ÜBER UNS

Wir haben der SPD viel zu verdanken. Ohne den sozialdemokratischen Bildungsaufstieg wären wir beide nicht da, wo wir heute sind. Nun wollen wir unserer Partei etwas zurückgeben. Deshalb treten wir gemeinsam aus voller Überzeugung für den Parteivorsitz an. Mit unserer Erfahrung aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik wollen wir die SPD führen und ermutigen. Wir haben nicht aus Zufall oder Taktik zusammengefunden. Wir vertrauen uns und trauen es uns zu. Wir wollen unsere Stärken, Prägungen und Schwerpunkte bündeln. Teamarbeit und vertrauensvolles Miteinander wollen wir ganz praktisch vorleben.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN

Mit Herz und Haltung wollen wir gemeinsam den Aufbruch wagen. Wir wollen Anstand leben und solidarisch miteinander umgehen. Wir wollen zusammenhalten – in unserer wunderbaren Partei, in Deutschland, in Europa. Wir wollen Courage zeigen gegenüber Nationalismus und Populismus, für Demokratie und Freiheit. Wir wollen eine Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwächere. Die SPD soll wieder die Heimat der Mutmacherinnen und Weltverbesserer werden. Wir wollen die SPD wieder zu einer linken progressiven Volkspartei machen. Dafür treten wir an!

KURZ NACHGEFRAGT

1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?
Wir brauchen ein mutiges Klimaschutzgesetz – konkret, verbindlich und gerecht. Am Ende dürfen nicht der ländliche Raum, Pendler und Beschäftigte die Zeche zahlen. Wir streben Klimaneutralität deutlich vor 2050 an. Wir fordern eine Dialogoffensive in Stadt und Land, damit Klimaschutz ein Thema für Alle wird. Konkret wollen wir die Mehrwertsteuer auf Zugtickets abschaffen, eine kostenfreie Bahncard50 für Pendler, 365-Euro-Jahrestickets für den ÖPNV, eine höhere Klimaticketsteuer auf innerdeutsche Flüge. Denn Mobilität ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht.
2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?
Wachsende Ungleichheit ist Gift für den Zusammenhalt in unserem Land. Wir stehen hinter der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und fordern ein überzeugendes Konzept für Gerechtigkeit: Kapitalerträge sollten mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz besteuert werden. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir bei Steuern und Sozialabgaben entlasten. Dies wollen wir mit einem höheren Spitzensteuersatz für Einkommen über 250.000 Euro finanzieren. Der Kapitalismus braucht Regeln, deshalb treten wir für einen entschlossenen Kampf gegen Steuerhinterziehung und eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen in der EU ein. Der deutsche Mindestlohn sollte

auf 12 Euro pro Stunde steigen.
3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?
Die SPD muss wieder positiv überraschen und aufhorchen lassen. Unsere Partei muss sich öffnen, frische Ideen reinlassen und zum Mitmachen einladen. Wir wollen eine SPD, in der die Zukunftsdebatten unserer Gesellschaft geführt werden. Wir stehen für eine SPD, die sich nicht über Bündnisse mit anderen, sondern über eigene Kraft und Konzepte definiert.
4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?
Wohnen, Bildung, Kitas, Infrastruktur, Klimaschutz – hier darf sich der Staat nicht zurückziehen, sondern muss massiv investieren. Deutschland fährt seit Jahren auf Verschleiß, das wollen wir ändern. Wir haben mit unserem Zukunftsturbo ein Investitionsprogramm vorgelegt, das gerecht für künftige Generationen ist, gute Jobs in Deutschland sichert und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Derzeit sind die Zinsen so niedrig wie lange nicht mehr. Da wäre es unklug, jetzt reflexartig an der schwarzen Null festzuhalten.
5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?
Die SPD soll wieder zu einer linken progressiven Volkspartei werden. Unsere Partei muss sich öffnen – für alle Berufsgruppen und Schichten, Jung und Alt, Frauen und Männer, hier Geborene und zu uns Gekommene, in Stadt und Land. Die SPD ist eine Partei für alle, die in einer solidarischen Gesellschaft leben wollen und auch an andere denken.

GESINE SCHWAN & RALF STEGNER

Professorin im Ruhestand, Vorsitzende der Grundwertekommission, leitet aktuell die HUMBOLDT VIADRINA Governance-Platform, eine NGO zur Stärkung der Demokratie (76)
Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Schleswig-Holstein, stv. Parteivorsitzender (59)

ÜBER UNS

Wir sind ein gutes Team, dem die Zusammenarbeit richtig Spaß macht. Wir teilen eine große Leidenschaft für die Sozialdemokratie und haben gemeinsame Werte: Neben den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität liegt uns sehr an Fairness, Ehrlichkeit, Menschenfreundlichkeit und Mut. Wir nehmen uns gern auf die Schippe und lachen viel. Diskussionen mit der Parteibasis führen wir oft und mit Freude gerade auch bei kontroversen Argumenten.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN

Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln, um die kapitalistische Wirtschaft in der globalisierten, digitalisierten Welt zu zähmen. Wir wollen Gerechtigkeit beim sozialökologischen Umbau, soziale und individuelle Sicherheit, einen handlungsfähigen Staat und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand sowie gleiche Chancen für kreative Bildung,
die allen hilft, gute Arbeit zu finden, sich in der Welt zu orientieren und ihren kulturellen Reichtum zu genießen. Wir bauen auf globale, nicht nur nationale Solidarität. Dafür wollen wir die SPD wieder stark machen.

KURZ NACHGEFRAGT

1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?
Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau internationaler Klimaabkommen. Für einen sozialverträglichen ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft, der nicht Regionen abschreibt und die Lasten gerecht verteilt. Für eine Wende im Konsum- und Wohlstandsverständnis, bei Mobilität und Ernährung, für Energiesuffizienz. Für finanziellen Handlungsspielraum in Städten und Gemeinden, um Aktivitäten der Bürger zu unterstützen. Für Multi-Akteurs-Kooperationen von Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft, um alle in eine Gemeinwohlorientierung einzubinden.
2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?
Wir kämpfen für Verteilungsgerechtigkeit durch eine Reform der Vermögens- und Einkommensteuer, bei der höchste Einkommen und Vermögen mehr beitragen müssen und international für Vereinbarungen zur Zähmung des globalen Finanzkapitalismus – europäisch oder im Rahmen der OECD. Öffentliche Güter müssen ausgebaut und gesichert werden.
3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?
Wir werden die Kommunikation und Diskussion stärken, um das Gemeinsame in der innerparteilichen Vielfalt wiederzufinden und ungeklärte Fragen, vor allem in der Wirtschafts-, Klima-, Migrations- und Sicherheitspolitik so zu klären, dass die SPD wieder an einem Strang zieht. Wir werden zusammen präzisieren und begründen, wo/warum wir uns von anderen Parteien unterscheiden. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie, wie wir das Primat demokratischer Politik über den Kapitalismus herstellen. Wir brauchen eine selbstbewusste, klare Kommunikation, die deutlich macht, dass wir uns nicht nach anderen richten, sondern leidenschaftlich für das eintreten, was wir richtig finden und dafür kämpfen, dies mehrheitsfähig zu machen.
4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?
Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören alle Güter, die wir für ein Leben frei von Not und Furcht brauchen: eine Gesundheitsfürsorge, die nicht zwischen privat und öffentlich unterscheidet, bezahlbarer Wohnraum, Rechtssicherheit, soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit oder Alterssicherung. Bildung entscheidet über Lebenschancen. Deshalb wollen wir gleiche Bildungschancen für alle und gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum Meister oder Master.
5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?
Für alle Bürgerinnen und Bürger guten Willens. Für diejenigen, die für ihr selbstbestimmtes Leben Unterstützung brauchen. Für alle, die nicht von ihrer Arbeit leben können. Für alle, die Freiheit für ihre Kreativität brauchen und sie in Kultur, Politik, Wirtschaft gemeinwohlorientiert verwirklichen wollen. Für alle, die sich nicht nur für ihren privaten Erfolg, sondern auch für andere Menschen engagieren wollen.

HILDE MATTHEIS & DIERK HIRSCHEL
Bundestagsabgeordnete (64)
Verdi-Chefökonom (48)

ÜBER UNS
Wir wollen wieder mehr Sozialdemokratie wagen mit einer Politik für die Vielen, nicht die Wenigen. Wir sind zusammen seit vielen Jahrzehnten gemeinsam mit Genoss*innen, Gewerkschaftler*innen, in Ortsvereinen, der ASF, den Jusos, in Landesverbänden, beim DGB, bei ver. di, im Bundestag aktiv für eine SPD, der die Menschen zutrauen, Zukunftsfragen zu lösen. Mit Energie, klarer Linie und aus Überzeugung für die Grundwerte unserer Partei. Gemeinsam mit Euch wollen wir diese Grundwerte wieder in echte Politik übersetzen.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN
Wir wollen die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller. Für eine radikal sozial-ökologische Zukunft. Dafür brauchen wir mehr Investitionen und Personal im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Bildungswesen, beim Wohnungsbau, bei Digitalisierung, bei Energie und Verkehr. Wir wollen eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik mit mehr Steuergerechtigkeit und ohne schwarze Null und Schuldenbremsen. Wir wollen, dass
Menschen sich nicht ohnmächtig fühlen gegenüber Staat und Kapital, wir wollen eine offene, solidarische Gesellschaft.

KURZ NACHGEFRAGT
1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?
Der Klimawandel ist zu einer existentiellen Bedrohung für die Menschheit geworden und auch Ursache für Flucht. Die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss gestoppt werden. Das 1,5-Grad-Ziel darf nicht verfehlt werden. Dafür muss ein handlungsfähiger Staat in die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende investieren und den Rohstoff- und Energieverbrauch verteuern. Der notwendige ökologische Umbau kann aber nur gelingen, wenn er sozial ausgeglichen wird. Wir müssen Umwelt, Arbeit und soziale Sicherheit miteinander verbinden.
2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?
Wir müssen die Verhandlungsmacht von Beschäftigten und Gewerkschaften stärken. Wir brauchen Tarifverträge für alle, weniger unsichere Beschäftigung, einen höheren Mindestlohn und eine Aufwertung sozialer Berufe. Hartz IV, die Stütze des Niedriglohnsektors, müssen wir überwinden. So wird das Stück der Beschäftigten am Einkommenskuchen wieder größer. Darüber hinaus muss die deutsche Steueroase für Konzerne, Erben und Vermögende endlich ausgetrocknet werden. Dafür müssen große Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden.
3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?
Wir müssen wieder mehr Sozialdemokratie wagen. Die SPD muss wieder als die Partei der Arbeit erkennbar sein und klar an der Seite der Beschäftigten stehen. Die SPD muss konsequent für eine feministische Gesellschaft, in der es weniger Benachteiligung für alle gibt, eintreten. Und die SPD muss Friedenspartei sein, die die Menschenrechte konsequent verteidigt.
4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?
Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Pflege, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, die öffentlichen Medien und den Wohnungsbau. Grundsätzlich gilt für uns: Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Öffentliche Güter müssen für jede*n zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors.
5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?
Die SPD muss wieder Politik für die unteren und mittleren Arbeitnehmer*innenmilieus machen. Eine arbeitnehmer*innenorientierte Politik ist eine Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen. Ein besonderer Schwerpunkt muss auf den Millionen Frauen in unterbezahlten und belastenden sozialen Berufen liegen. Es geht um die gerechte Verteilung von Macht, Zeit und Geld.

SASKIA ESKEN & NORBERT WALTER-BORJANS
Softwareentwicklerin / Bundestagsabgeordnete (58)
Volkswirt / ehemaliger NRW-Finanzminister / Autor (67)

ÜBER UNS
Wir sind Saskia und Norbert. Wir treten als Tandem auf Augenhöhe an und ergänzen uns. Zusammen mit Euch wollen wir der SPD wieder Richtung und neues Selbstbewusstsein geben. Und denen ein Zuhause, die uns nahestehen, oder gerne wieder nahestehen wollen. „Meinen Kindern wird es morgen einmal besser gehen, als uns heute“ – wir treten an, damit dieses, unser sozialdemokratisches Zukunftsversprechen wieder zur unverkennbaren Handschrift der SPD wird. Denn immer, wenn dieses Zukunftsversprechen galt, war die SPD eine starke und standhafte Volkpartei. Und das wollen wir wieder werden.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN
In Umfragen geben über 30 Prozent der Befragten an, dass sie sozialdemokratischen Werten nahestehen. Wir schaffen es aber nicht mehr, die Hälfte davon bei Wahlen für unsere Partei zu begeistern. Uns ist die Glaubwürdigkeit abhandengekommen, dass die SPD es mit der Sozialdemokratie ernst meint. Diese Glaubwürdigkeit wollen wir wiederherstellen. Lasst uns dafür auch die Verteilungsfrage nicht weiter umschiffen. Lasst uns wieder Partei der Bürger*innenrechte werden und mit einem neuen Sozialstaatskonzept die

Schere zwischen Arm und Reich wieder schließen.

KURZ NACHGEFRAGT

1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?

Die Klimakrise ist eine Verteilungsfrage. Sie ist Zeichen einer zu lange missachteten Lastenverschiebung in die Zukunft. Eine Umkehr muss zweifelsfrei jetzt stattfinden. Dafür sind in der Gegenwart massive Investitionen nötig. Was bringt es der nachfolgenden Generation, wenn sie einen ausgeglichenen Staatshaushalt vererbt bekommt, aber die unverzeihlichen Schulden des Klimawandels nicht mehr aufzuhalten sind?

2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?

Gebremst von mächtigen Interessengruppen, hat die SPD die Verteilungsfrage zu lange umschifft. Die Unwucht im Steuersystem ist dabei immer größer geworden: Die Steuerbelastung nimmt nicht mit zunehmenden Einkommen und Vermögen zu, sondern sie ist bei kleineren Einkommen zu hoch und bei hohen zu niedrig. Wir wollen Verteilungsgerechtigkeit: Dafür ist die Vermögensteuer ein Baustein. Eine starke und soziale Wirtschaftsnation braucht Staatseinnahmen, wie wir sie haben, aber weniger von den Kleinen und mehr von den ganz Großen, erst recht von denen, die sich ganz vom Acker machen.

3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?

Die GroKo darf kein Normalfall sein, sondern immer Ausnahme. Wir brauchen wieder eine SPD, die in eigenen Visionen denkt und nicht in Kompromissen, die mit der Union durchsetzbar sind. Die großen Zukunftsfragen verlieren wir dadurch zu sehr aus dem Auge, weil sie mit einer Union nicht zu beantworten sind, die den gesellschaftlichen Fortschritt blockieren möchte.

4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?

Unabhängig vom Wohnort ist die öffentliche Daseinsvorsorge Garant dafür, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle zu erreichen. Wir kommen beide aus der Kommunalpolitik und wissen, was die Menschen von einer Gemeinde erwarten: bezahlbaren Wohnraum, moderne Bildungseinrichtungen, eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, gute Mobilität, Sport- und Kulturstätten, digitale Infrastruktur, Polizei und Feuerwehr vor Ort und vieles mehr, damit sich die Menschen in ihrer Kommune zu Hause fühlen.

5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?

Wir müssen wieder glaubhaft die Partei werden, die sich besonders für die Menschen einsetzt, die selbst nicht über Macht und Einfluss verfügen, ihr legitimes Interesse an einem Leben in Würde und zumindest bescheidenem Wohlstand für sich und ihre Kinder zu vertreten. Sie muss diese Politik mit denen machen, die vielleicht gar nicht direkt auf die Vertretung ihrer Interessen durch die SPD angewiesen sind, die sich aber sehr wohl über den Wert einer solidarischen und stabilen Gesellschaft bewusst sind. Und die SPD muss den Mut aufbringen, Stellung gegen die zu beziehen, denen es allein um die ungezügelte Verfolgung des Eigennutzes geht.

NINA SCHEER & KARL LAUTERBACH

Bundestagsabgeordnete (47)
Bundestagsabgeordneter (56)

ÜBER UNS

Nina Scheer ist Juristin, Politikwissenschaftlerin und Musikerin. Sie ist Vorsitzende der SPD Herzogtum Lauenburg, seit 2013 Bundestagsabgeordnete und Expertin für Umweltschutz und Energiepolitik. Sie hat den sozialdemokratischen Energiewende-Appell initiiert und ist Mitglied der Grundwertekommission. Karl Lauterbach ist Arbeiterkind, Arzt und Experte für Gesundheits- und Sozialpolitik. Er hat eine Professur an der Universität Köln und ist Gastprofessor der Harvard Universität. Seit 2005 Mitglied des Bundestages. Seinen Wahlkreis Leverkusen/Köln Mülheim hat er viermal in Folge direkt gewonnen.

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN

Klimaschutz und eine zu beschleunigende Energiewende sind für uns die Grundlage für die Zukunft unseres Sozialstaates. Die Bürgerversicherung, gerechte Bildung und der Schutz unserer Natur haben Vorrang. Das Ende von der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von fossilen Ressourcen darf nicht verzögert werden. Für Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie zur Erreichung der Klimaziele muss die Schuldenbremse gelockert werden. Wir empfehlen den Ausstieg aus der GroKo, sonst sind diese Ziele nicht zu schaffen.

KURZ NACHGEFRAGT

1. Was ist Eure Antwort auf die Klimakrise?

Die beschleunigte Energiewende – auch für den Verkehrs- und Wärmesektor. Hemmnisse in Form von Mengen-Ausbaubegrenzungen müssen ebenso beseitigt werden wie die Blockaden zur Speicherung von Erneuerbaren Energien. Wir brauchen Anreize und breite Beteiligungsmöglichkeiten für die Kommunen und Bürgerinnen und Bürger. Den Umstieg auf Erneuerbare Energien wollen wir im Grundgesetz verankern. Genehmigungshürden für Windkraftanlagen müssen im Einklang mit Immissionsschutz abgebaut werden. Mit einem Kohleausstieg bis 2030 können wir hunderttausende Arbeitsplätze schaffen, die sonst im Ausland entstehen. Und mit Klimaschutz bekämpfen wir die zentralen Fluchtursachen.

2. Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger?

Durch eine angemessene Vermögenssteuer ist eine Umverteilung möglich. Die Löhne der Einkommensschwachen müssen überproportional erhöht werden, so dass sie selbst Vermögen aufbauen können. Unser Steuer- und Finanzsystem muss konsequent auf die Förderung von Gemeinwohl ausgerichtet werden. Sogenannte Unternehmensplattformen dürfen dem Steuersystem nicht entgehen. Der Arbeitsmarkt steht durch Digitalisierung vor einem Strukturwandel. Die Plattformen der neuen Arbeitswelt schreien nach einer starken SPD, die den Ausverkauf von Arbeitnehmerrechten stoppt. Berufliche Chancen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Wir brauchen massive Investitionen in Bildung und Qualifizierung.

3. Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?

Die SPD muss glaubwürdig für Gerechtigkeit und Teilhabe stehen – in allen Lebensbereichen. Neben einer Agenda zur Umverteilung muss die Rücknahme der Hartz-Gesetze beschlossen werden. Unverzichtbar sind der Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Garantie von öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge. Dies schaffen wir als die Partei, die glaubwürdig Sozial- und Umweltpolitik zusammenbringt.

4. Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?

Wir streiten für die Garantie von Daseinsvorsorge - von Bildung, Pflege, Gesundheitsversorgung bis hin zu einer auf Teilhabe ausgerichteten Infrastruktur und für ein Wirtschaftssystem, das eine Alternative zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche darstellt. Gemeinwohlorientierte Unternehmen, Vereine, das Ehrenamt, Renditebegrenzungen für Konzerne in den Bereichen Gesundheit und Soziales und Genossenschaften müssen eine tragende Rolle spielen.

5. Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen? F

ür ältere Menschen, die eine ausreichende, sichere Rente, die Bürgerversicherung und gute Pflege brauchen. Für junge Menschen, die ein faires Bildungssystem verdienen und für die wir den Klimawandel bekämpfen müssen. Und für die Wirtschaft; sie braucht verlässliche SPD-Politik, um die ökologische Erneuerung zu schaffen.

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen

Protokoll des Besuches der TABEA Musterwohnung in Roth am 19.08.2019

Am Montag, 19. August 2019 machten wir – 4 AG60 plusler uns unter der Leitung unseres Vorstandes Hartmut Wichert auf den Weg, die barrierefreie TABEA- Musterwohnung in Roth zu besuchen.

TABEA ist eine Abkürzung und steht für Technik, Alltag, Barrierefreiheit, Erleben für Alle. Diese Musterwohnung zeigt Beispiele, wie man alters- und pflegegerecht die eigenen vier Wände umbauen und umgestalten kann. Sie ist nicht nur für kranke und alte Menschen oder Menschen mit Handicap, sondern für Personen jeden Alters gedacht. So kann beispielsweise eine junge Familie, die ein Haus bauen will, sich schon Gedanken darüber machen, welche „Bausünden“ einen späteren seniorengerechten Umbau schwierig oder sogar unmöglich machen könnten. Auch Verantwortliche von Wohnungsbaugesellschaften können sich dort Tipps und Anregungen holen. Von den Jusos, die wir auch eingeladen hatten, nahm leider niemand an dem Ausflug teil.

Die Wohnberatung in Roth ist direkt an die Pflege angekoppelt.

Wohnberater, Herr Gerhard Kunz, begrüßte uns und führte uns gleich am Eingang des Hauses eine Plattform vor, die als Aufzug dient und mit der die 2 Stufen zum Eingang überwunden werden können. Die Plattform kann zusammengeklappt werden, dient der Selbständigkeit und ist eine Entlastung für Pflegende. Kostenpunkt: Zwischen 11 – 15.000 €.

Ein Betonpfosten am Eingang ist den Augenhöhen entsprechend verschiedenfarbig gestrichen.

Die Öffnung der Haustüren geschieht über Handsender, sie schließen sich automatisch wieder und sind dann auch versperrt, was dem Sicherheitsgedanken dient. Die Tür kann mit Videosprechanlage geöffnet werden.

Beim Wohnzimmer ist besonders an Demenzkranke gedacht.

Am PC wird uns das „De Beleef TV“ gezeigt. Dort sind verschiedene Apps, z.B. mit alten Werbespots, Sprichwörter etc hinterlegt. Ein solches System muß gekauft werden (info@debeleefTV.de). Die Einrichtung in Roth bekam das Geld dafür von einem Sponsor. Der Fußbodenbelag ist rutschfest (Venylboden). Die Fenster im Wohnzimmer gehen bis zum

Boden. So können liegende Personen einfacher aus dem Fenster schauen, denn oft befinden sich die zu pflegenden Personen in einem Wohnzimmer. Zur Überwindung von Höhenunterschieden zeigt Herrn Kunz uns diverse Keilmatten aus Hartgummi sowie Sturzmatten, die

z.B. zwischen Terrassentür und Zimmer oder für Bordsteinkanten gedacht sind. Zu kaufen sind diese in jedem Baumarkt.

Es gibt einen Sessel der Firma Thomas, der schaukelt, Schaukeln dient der Beruhigung. Für Krücken steht ein Ständer parat.

Hausnotruf: Es können Videokameras in jedem Raum installiert werden, so dass die Personen in jedem Raum gesehen werden können, und über zusätzliches Internet ist Sprechen möglich.

Ein Abibird zeichnet Bewegungen auf, überwacht den Raum über Winkel. Man erhält ein Diagramm über die Aktivitäten und Ruhezeiten der Personen, wenn sich die Person nicht mehr bewegt, bekommt man eine Meldung auf das Handy. Ein solches Gerät kostet z.Zt. 11 € Miete à Monat.

Für Sehbehinderte gibt es eine große Fernbedienung, Kosten 11 €, ein Telefon mit großen Tasten, die Kurzwahl-Nrn können mit Bildern unterlegt werden.

Es gibt Griffverdicker für diverse Geräte, die dem leichteren Greifen, z.B. von Schlüsseln, Zahnbürsten dienen. Messer mit hochstehendem Griff.

Im Kühlschrank befindet sich eine Rettungsbox.

Zur Beschäftigung gibt es Magnetbrettspiele (z.B. Mensch ärgere Dich nicht), mit besonders großen Figuren, die nicht so leicht verrutschen (nur das „Rausschmeißen“ macht keinen Spaß).

Ortungsgerät und Aufstehhilfe sind vorhanden

Farbliche Kontraste zur besseren Orientierung bestehen in der gesamten Wohnung, Steckdosen haben farbliche Umrandung.

Koffer mit Gasmelder, Wassermelder, Funkkontaktmelder

Im Flur ist die Sockelleiste schwarz, die Wand gelb gestrichen

Im Kleiderschrank ist eine mechanische Hilfe, mit einer Stange lässt sich die Stange, auf der die Hemden, Blusen etc aufgehängt sind, nach vorne klappen, und das entsprechende Kleidungsstück kann bequem und im Sitzen herausgenommen werden. Kosten für mechanischen Einbau: ca. 200 €, elektrischer Einbau auch möglich.

Altes Bad: Die Badewanne wurde mit einem Badewannenlift, Hocker mit Stütze zum Einsteigen in die Badewanne, ausgestattet, das WC mit einem höheren Toilettensitz, Die Fliesen sind rutschfest, die Übergang zum Flur mit einer Metallschiene.

Neues Bad (barrierefrei): vorab: das Bad sollte mindestens 6 qm groß sein, die Tür darf nicht nach innen aufgehen, noch besser: Schiebetür. Durchgangsbreite 90cm, 8 ½ qm sind eine praktische Größe, Dusche 100 – 120 cm, für Rollstuhl 150 x 150 cm, Duschvorhang statt fester Scheiben, läßt sich besser pflegen und die Dusche ist dadurch größer, kleinere Fliesen im Duschbereich, bewirken mehr Rutschfestigkeit und das Wasser läuft besser ab. Mobiler Haltegriff (nur bei neueren Fliesen), Duschvorrichtung mit Knopfbedienung und farblichem Kontrast. Waschbecken mit beidseitigen Haltegriffen, Waschbecken ist in der Höhe verstellbar (auch praktisch für Kinder) Höhe ca. 1 m, Sitzmöglichkeit vor dem Waschbecken, großer Spiegel, bereits ab Waschbeckenhöhe. Im Wasserhahn ist die Wassertemperatur voreingestellt (zwecks Verhinderung von Verbrühungen). Und auch im Bad gibt es die farblichen Kontraste. Das WC ist mit einer ausziehbaren Wasserdüse zur Reinigung ausgestattet, die per Knopfdruck ausgelöst wird (man erinnere sich an die französischen Bidets) incl Fön. Die WC-Schüssel, die keinen nach innen hervorstehenden Rand hat, wird per Fernbedienung gesäubert, dabei fährt ein Duscharm aus. 1x à Jahr wird sie gründlich durchgespült. Toilettenpapier wird so kaum noch benötigt. Dieser hohe Komfort ist für ca. 4.000 € zu haben.

Schlafzimmer: Das Bett ist durch Holzklötze höher gestellt. Besitzt eine elektrische Einrichtung und kann damit bis auf 1 m hochgefahren werden. Das kann im Ehebett eingerichtet werden, so daß Partner/in weiterhin daneben schlafen kann. Das hohe Bett ermöglicht es der Person, aus dem Fenster zu schauen. Die Fenster werden über eine Fenstergriffverlegung geöffnet. Weiterhin gibt es eine Aufstehhilfe, Funkalarmmatte, wenn Person darauf tritt, hört es der andere (gedacht auch für Demenzkranke mit Weglauftendenz). Am Bettgestell ist ein Nachtorientierungslicht (wie Lichterkette) angebracht, die über Bewegungsmelder funktioniert, so ist Licht vorhanden, jedoch kein grelles Deckenlicht (Kosten: ca. 20 bis 30 €). Im Gang / Flur funktioniert das Licht über Bewegungsmelder, ausreichende Beleuchtung ist wichtig, mindestens 500 Lux. Farberkennungsgerät für Sehbehinderte hilft beim Anziehen, es nennt die Farben, Kosten ca. 200 €. Runde Handläufe sind im Schlafzimmer an den

Wänden angebracht, sollten Durchmesser von 4,2 cm und durchschnittliche Höhe 90 cm haben. Am Handlauf sind LED-Lichtstreifen angebracht, die durch Bewegungsmelder angehen. Ein rollstuhlgerechtes Schlafzimmer sollte ca. 14 – 15 qm groß sein.
Küche: Auch hier wieder farbliche Abstufungen zwecks besserer Orientierung, Schubladen besitzen verschiedenfarbige Außenfronten. Der Herd ist höhenverstellbar und unten offen, damit eine Person mit Rolli darunter fahren kann. Alte Kochfelder am Herd sind praktischer als Ceran- und Induktionsfelder, da sie (im kalten Zustand) ertastet werden können. Der Herd besitzt ein automatisches Abschaltesystem ab einer bestimmten Temperatur, Kosten ca. 400 €, und es befinden sich ein Rastersystem und Brailleschriftpunkte zum Erkennen der Temperatur.
Spüle ist beweglich.
Weitere „kleine Helferleins“: Sprechende Küchenwaage, Flaschenöffner mit 2 Griffen zum einfacheren Öffnen, Tisch ist höhenverstellbar, kann so hoch gefahren werden, dass auch im Stehen essen möglich ist. Aufdreher für Gläser ist unter dem Tisch angebracht. Es gibt Teller mit tieferem Rand, Löffel mit Formung, Antirutschbrett zum Brotschneiden, sprechendes Blutdruckgerät, Antitremorlöffel zur Förderung des selbständigen Essens. Der Kühlschrank ist mit einem Kontaktmelder ausgerüstet, der sich meldet, wenn er 24 h nicht geöffnet wurde.
In der Einrichtung in Roth gibt es einen Wohnberater zur Pflegeberatung. Herr Kunz berichtet, dass es eine Herausforderung war, die Handwerker zum Mitmachen zu animieren.
Für wohnfeldverbessernde Maßnahmen gibt es Fördermittel der Pflegekassen in Höhe von 4.000 €, ab der Pflegestufe 1. Für einen Badumbau werden bis zu 10.000 € zur Verfügung gestellt. Für Förderung durch die BayernLabo ist ein Schwerbehindertenausweis mit mehr als 50% erforderlich, Einkommen (zu zweit) sollte nicht mehr als 3.200 € netto betragen.
Fazit: Eine solche Musterwohnung zum „Greifen, Anfassen und Ausprobieren“ benötigen wir auch in Erlangen. Die Musterwohnung in Roth ist gemietet und muss bezahlt werden.

Renate Schmidt

Aus dem Bauch gesprochen:

Mann, oh Mann....

Von Monika Fath-Kelling

„Die Zukunft ist feministisch“.
Bei dieser Ansage von Katrin Göring-Eckhardt wird mir ganz anders. Anders jedenfalls, als ich selbst vor ein paar Jahren noch gedacht habe. Denn dieses Diktum beunruhigt mich neuerdings.
Genau wie die Art, in der aktuell „Frauen nach vorne gebracht“ werden sollen. Nur weiss niemand mehr so recht wo „vorne“ eigentlich ist. Bringe ich „nach vorne“ wenn ich jemanden „an die Front schicke“ (in einer vielleicht völlig sinnllosen Auseinandersetzung)? Oder bring ich „nach vorne“wenn ich einen Schutzraum schaffe, der individuelle Entwicklung ermöglicht? Was bringe ich genau nach vorne, Individualpositionen oder eine Interessengemeinschaft von Individuen (Familien, „die Gesellschaft“, „die Wirtschaft“, Interessengruppen beliebiger Art)?
Klar ist mir schon, dass in einer patriarchalen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur, die sich über mindestens 2000 Jahre als „Kultur“ ausgebildet, verfeinert und verfestigt hat, Änderungen ein entsetzlich langsamer Prozess sind und sein werden, die nach dem Muster „zwei vor eins zurück“ gestrickt sind. Vorallem wenn ich an die Lebensspanne eines Menschen denke, Willy Brandt hat es vor vielen Jahren schon so ausgedrückt: Gleichberechtigung komme „voran wie eine Schnecke auf Glatteis“. Denn sämtliche „kulturellen“ Strukturen versuchen nach bestem Beharrungsvermögen zu verhindern, dass Macht- und Bedeutungsverschiebungen stattfinden. Jede Interessengruppe“ versucht deshalb einen Ausgleich zu verhindern, nutzt und deutet um, propagiert und denunziert, färbt schön, lügt und betrügt...Und so kam es, dass viele Worte und Begriffe nicht das bedeuten,was sich der Einzelne darunter vorstellt. Ein jeder pocht auf „ältere Rechte“, im Zweifel ist es gar „die Natur“, die „die Ordnung“ vorgibt.
Nun ist jedoch der Mensch ein ganz besonderes „Tier“. Mit so etwas wie „Verstand“ und der Fähigkeit zur Abstraktion ausgestattet. Und somit sind wir in der Pflicht zu fragen: was ist „die Natur“ oder „die Ordnung“, gibt es andere „Naturen“ oder „Ordnungen“? Ja, die gibt es, muss jeder nur halbwegs Gebildete zugeben. Und darum dürfen wir eben nicht fragen „wie muss Klein-Erna ertüchtigt/gefördert werden, um im bestehenden ausbeuterischen Ordnungs-System (sowohl Resourcen als auch Menschen angehend) ebenso funktionstüchtig und kompatibel zu erscheinen wie derzeit Max Mustermann.
Und jetzt bin ich wieder bei meinen Bauchschmerzen mit dem Feminismus angelangt. Es ist kontraproduktiv für die Entwicklung einer künftigen Gesellschaftsordnung und damit auch unserer Partei „feministisch“ in diesem Sinne zu denken und Politik zu betreiben, das bestehende diskriminierende System ersetzen zu wollen durch ein in die entgegengesetzte Richtung diskriminierendes Modell.Was wir brauchen sind umfassendere, nicht diskriminierende Ansätze.
Ein Beispiel nur, weil hier, wie schon erwähnt, kein Parteiprogramm in einer Kolumne erstellt werden kann:
Wie schon Christine Hohmann-Dennhardt, frühere Verfassungsrichterin, konstatiert, stellt das Ehegattensplitting eine Benachteiligung von Paaren dar, die gleichberechtigt ihrem Beruf nachgehen. Es ist daher abzuschaffen und entweder durch Einzelbesteuerung der Ehegatten oder ein an der Kinderzahl orientiertes Familiensplitting zu ersetzen.

70 Jahre Grundgesetz:

Hoheit – Berliner Unbehagen

Außenpolitische Zurückhaltung war lange gefragt, doch nun fordern die Partner mehr Engagement.

Von Mark Schuster

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Die junge Bundesrepublik war kein souveräner Staat. Sie konnte und sie wollte nicht souverän sein. Souveränität war das positiv gewendete Codewort für all den Größenwahn, mit dem Hitler-Deutschland die Welt ins Verderben gerissen hatte. Souveränität in ihrer böswilligen Ausübung heißt nämlich Aggression und Dominanz. Weil dieses Grundgesetz aus der Erfahrung des Krieges geschrieben wurde, konnte außenpolitische Souveränität, also die Selbstbestimmung der internationalen Geschicke des Landes, nicht wirklich auf der Prioritätenliste der Verfasser gestanden haben. Dieses Grundgesetz misstraut der Macht. Es wusste um die Verführungskraft von Stärke. Warum also sollte es die ultimative Macht, die Beherrschung anderer Nationen, die militärische Dominanz, die Bedrohlichkeit nach außen zulassen?

Bemerkenswerterweise brauchten die Verfasser des Grundgesetzes bis zu Artikel 23, ehe sie sich der äußeren Einbettung des Landes widmeten. Auch das spiegelt die Realität der Gründungsjahre wider. Das junge Land hatte seine außenpolitischen Ambitionen in die Hände der Besatzungsmächte gelegt, es kannte seine geopolitische prekäre Lage an der Schnittstelle der Blöcke auf der Welt.

Also tut das Grundgesetz, was es nach zwei Weltkriegen und einer jahrhundertelangen Erfahrung mit Geografie und Politik in Deutschland tun musste: Es ermöglicht dem Land den Beitritt in ein völkerrechtliches Kollektiv, es beschränkt freiwillig die Souveränität, in dem er der Übertragung von Hoheitsrechten zustimmt. Das alles „kann" der Bund tun – aber Artikel 23 und 24 des Grundgesetzes lassen keinen Zweifel, dass die Einbettung in kollektive Systeme der Sicherheit und der Politik das Fundament einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein soll.

Kann eine Regierung noch frei über die Geschicke des Staates bestimmen?

„Die deutsche Frage" haben Historiker das Problem getauft, zu dessen Lösung nun zwei Grundgesetzartikel die wichtigste Handreichung geben. Die deutsche Frage ist in Wahrheit das deutsche Dauerproblem: zu groß ist das Land inmitten vieler kleinen Staaten, zu wirtschaftsmächtig, zu selbstbewusst, besserwisserisch, herrschsüchtig. Das verursacht bei den Nachbarn Unbehagen. Denn dieses Deutschland ist eben auch kein Amerika, es ist weder geographisch von zwei Ozeanen eingegrenzt und somit unantastbar, noch verfügt es über die Landmasse eines Russlands oder die kulturelle Geschlossenheit Frankreichs. Deutschland ist einerseits zu groß, um der Vielzahl europäischer Kleinstaaten seine Möglichkeit vorzugaukeln. Deutschland ist aber auch nicht groß genug, als dass es allein durch die Weltpolitik tapsen könnte – das Land braucht Freunde, mit denen sich die Vorstellungen von Handel und Sicherheit teilen lassen.

Also haben die Deutschen ihre Sicherheit geteilt. Und zwar gründlich. Sie haben Souveränität in die EU ausgelagert, ein veritables politisches Parallelsystem aufgebaut, das zum ersten Mal in der Geschichte Krieg zwischen den Staaten des Kontinents unwahrscheinlich erscheinen lässt. Die EU ist also bestimmend geworden im politischen Alltag, dass die Frage der Souveränität inzwischen von der anderen Seite betrachtet werden müsste: Kann eine deutsche Regierung wirklich noch frei über die Geschicke des Landes bestimmen? Oder hat der Souveränitäts-Transfer nach Brüssel die Gleichung zum Kippen gebracht? Welches Gericht wird am Ende das letzte Urteil fällen? Jenes in Karlsruhe, oder das europäische in Luxemburg?

Die militärische Souveränität war der wohl heikelste Punkt deutscher Selbstbestimmung. Widerbewaffnung, NATO-Beitritt, Atombewaffnung, nukleare Teilhabe, der Doppelbeschluss zum Ende des Kalten Krieges – in jeder Phase haderten viele Menschen in Deutschland West angesichts der Vergangenheit mit der militärischen Gegenwart, während die Regierung in Deutschland Ost ihre durchaus straffe Militarisierung mit sozialistischer Bruderhilfe und der Abwehr des Klassenfeindes rechtfertigte.

Die Regelfixiertheit der Deutschen treibt die Partner an den Rand des Wahnsinns

Bezeichnend für dieses Souveränitäts-Unbehagen ist bis heute die Sehnsucht nach rechtlicher Klarheit im Umgang mit der Welt, nach strengen Definitionen für Einsätze, nach dem Souveränitätstransfer und nach Bündnissen. Der Kommentarapparat zu beiden Souveränitätsartikeln 23 und 24 füllt Regalmeter, die Grundsatzurteile des Verfassungsgerichts zu Militäreinsätzen wurden von Beamten und Abgeordneten wie präzise Handlungsanweisungen gelesen.

Die Legalisierung ist das vielleicht stärkste Charakteristikum deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – und genau deshalb sorgt sie inzwischen für die größte Irritation bei den wichtigsten Bündnispartnern. Was zur Zähmung der deutschen Unberechenbarkeit gedacht war, gilt heute in Zeiten von Hochgeschwin-

digkeitsaußenpolitik und extrem instabiler Allianzen auch als Sicherheitsrisiko.
Sicher: Die Europäische Union ist heute exakt wegen ihres ausgeprägten Regel- und Rechtscharakters so stark. Aber Deutschlands Regelfixierung ist es auch, die Frankreich oder andere EU-Partner in die Verzweiflung treibt. Der französisch-etatistische Umgang mit der EU kollidiert mit dem deutsch-legalistischen Ansatz. In der Sicherheitspolitik lässt sich derselbe Konflikt beobachten: Parlamentsvorbehalt bei Einsätzen, (notwendige) Restriktionen beim Waffenexport, die Scheu vor der Demonstration der Zwangsmittel: Der mit der Gründung der Republik eingeimpfte Geist der Zurückhaltung ist zum bestimmenden außenpolitischen Charakteristikum der Bundesrepublik geworden – und trägt Berlin immer wieder den Vorwurf zu großer Passivität ein.
Dieser Vorwurf lautet: Wohl beschützt in seinen Bündnissen und umgeben von Freunden pflegt Deutschland die Rolle des Moralisten, während andere das Gespür für neuen Bedrohungen auf der Welt entwickeln – und diese abwehren müssen. Die erbitterte Auseinandersetzung um den Anteil des Verteidigungshaushalts am Bruttoinlandsprodukt ist nur ein Symptom dieses Streits.
In Wahrheit geht es darum, wie viel deutsche Macht der Welt guttut – und wo sie enden sollte. Die deutsche Frage wird auch im Grundgesetz nicht endgültig beantwortet.

70 Jahre Grundgesetz:

Eigentum

In der Wohnungsfrage wird plötzlich Artikel 15 populär: Er erlaubt Enteignungen. Aber da ist auch noch sein Gegenpol: Artikel 14 – ein Spiel mit Yin und Yang

Von Mark Schuster

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.
Das Grundgesetz passt, klein geschrieben, auf wenige Seiten. Vorne, dort wo die wirklichen wichtigen Dinge stehen, ist das Grundgesetz, abgesehen von wenigen unrühmlichen und späteren Änderungen, sensationell präzise und klar formuliert. Früher konnten Jura-Studenten die ersten 20 Artikel auswendig wie die 10 Gebote. Das sind die Grundrechte, die das Verhältnis der im Staat lebenden Menschen zum Staat regeln. Freiheit, Gleichheit, Ehe und Familie, die ganz große Münze.
Nur ein Artikel, wenige Zeilen nur, fällt aus der Reihe, ist kaum bekannt und selten besprochen: Artikel 15 über die Vergesellschaftung von Grund und Boden, ja sogar von Produktionsmitteln, als Fabriken. War es nicht genau das, was der alte Marx im Kommunistischen Manifest postuliert hatte: das Gemeineigentum an den Grundlagen staatlichen Wohlstandes, der Sozialismus auf Erden – und das ausgerechnet in der Verfassung des kapitalistischen Nachkriegsdeutschlands? Und nun zum Knaller: Heute, in Zeiten vergleichsweisen großen Wohlstandes in Deutschland und 30 Jahre nach dem Scheitern der staatssozialistischen DDR, wird über Enteignungen, Vergesellschaftung von Grund und Boden und über Artikel 15 ernsthaft diskutiert, mit offenbar wachsender Sympathie in der Bevölkerung.
Unerträglich, wenn Haushalte mit ganz normalen Einkommen keine Bleibe mehr finden
Es steht ja außer Frage, dass Wohnungsnot in Deutschland herrscht; dass es unerträglich ist, wenn Haushalte mit normalen Einkommen in Großstädten keine Bleibe mehr finden; dass sich die Marktmacht der Eigentümer und Vermieter zulasten der Mieter deutlich verschoben hat. Dafür gibt es viele Gründe, übrigens vor allem: staatliches Versagen. Zynisch könnte man auch sagen, der die Bundesregierung versucht so erfolgreich die Landflucht auf Kosten hoher Umweltbelastungen aufzuhalten. Aber das hilft alles nichts: Das Problem ist da. Kann das Grundgesetz helfen?
Laut Artikel 15 können „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.“ Noch nie wurde Artikel 15 bisher angewandt, eine ausgefeilte Rechtsprechung des BVerfG dazu fehlt daher. Die üblichen Fälle von Enteignungen etwa von Grundstückseigentümern beim Straßenbau fallen unter den

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
November 2019
23. Oktober 2019

Eigentumsartikel 14.
Lange 70 Jahre musste der „15“ warten, bis er im April 2019 plötzlich populär wurde. Die Demonstranten in Berlin und anderen deutschen Großstädten gehen nämlich für mehr und preiswerten Wohnraum unter diesem Banner auf die Straße. Es geht ja explizit um Grund und Boden, wenn Berichte die Runde machen über Mietwucher und Spekulantengier und über einen Wohnungskonzern besitzt, an der Börse notiert ist und mehrere starke amerikanische Investoren hat. Der US-amerikanische Kapitalismus, das kann man allgemein sicherlich so sagen, ist im konkreten Geschäftsgebaren strikter, härter und unbedingter als in Deutschland üblich.
Am Ende von Artikel 15 wird auf Artikel 14 verwiesen, und das nicht von ungefähr. Denn die beiden Normen sind Gegensätze, die sich anziehen, Yin und Yang, oben und unten, links und rechts. Und genau so war es gemeint, damals 1948/1949, als erst Verfassungsexperten auf Herrenchiemsee und dann der Parlamentarische Rat in Bonn eine Verfassung geschrieben haben. Artikel 14 und 15m das war der in Normen gefasste ideologische Streit zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Im „14“ die Eigentumsgarantie und Erbrecht. Im „15“ das glatte Gegenteil, der Weg, wenn der Gesetzgeber es denn will, zu einer Überführung der Produktionsmittel sowie des Grunds und Bodens ins Gemeineigentum.
Denn das ist eines der Geheimnisse der deutschen Verfassung: es sollte eben keine explizite Wirtschaftsordnung vorgeben werden. Mit SPD und KPD auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen standen sich zwei in dieser Frage grundlegend unterschiedliche Lager gegenüber, die ihren Rückhalt in der Bevölkerung erst erfahren mussten. Daher rangen die Verfassungsgeber um einen Kompromiss und ummantelten schließlich beide Extrempositionen mit Einschränkungen.
„Eigentum und Erbrecht werden gewährleistet“; heißt es zunächst in Artikel 14, aber dann kommt Absatz 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
Diese Gemeinbindung war eine erklärte Absage an den klassischen, den unbegrenzten, den Alles-ist-erlaubt-Kapitalismus angelsächsischer Prägung. Der Staat ist verpflichtet, für eine gerechte soziale Ordnung zu sorgen, diesen Geist atmet das Grundgesetz auch anderswo. Und daraus ist die real existierende soziale Marktwirtschaft geworden. In den Beratungen stand es sogar eine Weile Spitz auf Knopf, ob nicht sogar nur das der persönlichen Lebenshaltung oder der eigenen Arbeit dienende Eigentum geschützt werden sollte, diese Fassung wurde denkbar knapp bei Stimmengleichheit abgelehnt.
Wohnraum vergesellschaften? So einfach ist das mit dem Grundgesetz (leider) nicht zu machen
Erkennbar sollte Artikel 15 die Unterlegenden befrieden. Aber auch diese Sozialisierung ist nur gegen Entschädigung zulässig. Man darf also den Kapitalisten ihre Maschinen nehmen, aber die behalten ihr Kapital – so stark wirkt die Eigentumsgarantie dann doch. Das ist, einmal rein finanziell betrachtet, das Problem mit den Forderungen der Demonstranten heute. Würden die Wohnungsgesellschaften in Berlin enteignet, wären schätzungsweise zwischen 10 und 30 Milliarden EUR fällig.
Und wenn dann auch noch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anzuwenden wäre, dann geht in der Regel sowieso wenig. Denn, dass es mildere Möglichkeiten als eine Enteignung gäbe, um die Wohnungsnot zu beheben, das ist ja offensichtlich: Der Staat kann Mietwuchern mit den Mitteln des Ordnungsrechts entgegentreten, Eigentümer per Gesetz einschränken (kommunale Mietpreisbremse z.B.), mehr bauen zu lassen.
Vor diesem juristischen Hintergrund wird wohl die theoretisch überaus spannende Frage offen bleiben, ob eines Tages das BVerfG die Arbeit der Verfassungsväter vollenden und entscheiden muss, ob sich aus der Fülle der Gesetze in Deutschland eben doch ein klares wirtschaftspolitisches Leitbild ergibt, das Enteignungen und Vergesellschaftung besonders enge Grenzen gibt – was meiner Meinung nach nie der Fall sein wird. Sicher ist dagegen, dass sich seit der Wahl des CDU-Mannes Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler am 15. September 1949 die politische Mehrheit immer für die freie Marktwirtschaft und gegen jedwede Form eines Sozialismus im Sinne des Artikel 15 entschieden hat, und es sieht auch nicht so aus, als würde sich das auf absehbare Zeit ändern, obwohl es aus Sicht der Jusos nötig wäre.

Antwort auf den Leserbrief von Jutta Frischengruber im Monatsspiegel Juli 2019

Von Stefan Barth

Zunächst möchte ich betonen, dass m.E. die Religion Privatsache sei. Als Humanist respektiere ich jeden Menschen undabhängig von seiner Weltanschauung und Rasse, wenn er die Menschenrechte respektiert. Außerdem steht im Grundgesetz, dass die Bundesrepublik ein säkularer Staat sei, d.h. Staat und Kirche strikt getrennt sind, woran man sich in der Realität, leider, nicht hält.
Eine Lichtgestalt der evangelischen Kirche war, als Vertreter der Bekennenden Kirche, der Theologe Dietrich Bonhoeffer. Er nahm öffentlich Stellung gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung und engagierte sich im Kirchenkampf gegen die „Deutschen Christen“ und den Arierparagraphen. Die „Deutschen Christen“ waren, treu nach Martin Luther („Behinderte sind eine Brut des Teufels“), eine rassistische, antisemitische und am Führerprinzip orientierte

Strömung im deutschen Protestantismus, die Hitlers Euthanasiepläne unterstützten. Seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus musste Bonhoeffer schließlich, auf Hitlers ausdrücklichen Befehl, einen Monat vor der Kapitulation Deutschlands, im KZ Flossenbürg mit dem Leben bezahlen. So erging es auch vielen Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich für die Menschenrechte einsetzten. Hitler in Deutschland, Franco in Spanien, Mussolini in Italien galten als gläubige Katholiken und wurden von der katholischen und Teilen der evangelischen Kirche unterstützt.

Es ist vollkommen falsch Konfessionslose so darzustellen als würden sie ihre Nächsten nicht lieben. Wie viel Menschen haben die genannten gläubigen Diktatoren auf dem Gewissen? Wie viele Kinder wurden von Priestern missbraucht und ihr tun von der Kirche vertuscht? Für Frauen, die in Irland ein uneheliches Kind erwarteten, gab es als Ausweg nur das Kloster. Dort konnte sie entbinden, wurden isoliert, ihre Kinder wurden ihnen genommen und für Geld zur Adoption freigegeben, während ihre Mütter als Buße Sklavenarbeit verrichten mussten. Ihre verstorbenen Kinder wurden statt auf dem kirchlichen Friedhof, wie Abfall in Klärgruben, Abwasserkanälen und unterirdischen Kammern entsorgt. Die Polizei bestätigte den Fund von sterblichen Überresten von fast 800 Kleinkindern im Alter von bis zu drei Jahren, die in 17 unterirdischen Gängen entdeckt wurden. Bis Ende des 20. Jahrhunderts war es so (siehe Irland, Spanien, USA, Australien). Entschädigt wurden die Opfer nie. War das Nächstenliebe?

Auf die schlimmen Zeiten des Mittelalters mit Inquisition und Hexenverbrennung und die Rolle der Priester bei der Kolonisierung und Unterwerfung der Eingeborenen in Afrika, Amerika und Australien möchte ich erst gar nicht eingehen.

Ich kann mir durchweg Feiertage anstelle kirchlicher Feiertage vorstellen. Z.B. Tag der Abschaffung der Sklaverei, Tag für Frauenrechte, Tag für Kinderrechte; Tag des Denkmals usw. Allerdings hätten die Kirchen da schlechte Karten. Die katholische Kirche war eine der letzten, die die Sklaverei abgeschafft hat. Frauen hätten noch heute keine Rechte, wenn es auf die Kirchen angekommen wäre. Selbst heute sind viel mehr Frauen als Männer von der Armut bedroht, Frauen in Führungspositionen eine Minderheit und das Gesetz zur Lohngleichheit zeigt bis jetzt keine sichtbaren Ergebnisse. Unser Kaplan im Religionsunterricht in der 1. und 2. Klasse Grundschule handelte 1943/44 nach dem Bibelspruch „wer sein Kind liebt, züchtigt es“. Er muss uns besonders geliebt haben, denn er schlug mit dem Rohrstock am stärksten zu. Ich war als Kind sehr lebhaft und neugierig. Das gefiel Erwachsenen nicht, die ein braves Kind haben wollten. In Begleitung vom Nikolaus kam der Krampus (eine Schreckgespenst) am Abend mit einer Rasselkette, um den Kindern Angst zu machen. Das Christkind schlug zunächst mit der Rute zu, ich musste mich niederknien und beten, dann bekam ich Geschenke, über die ich mich nichtmehr freuen konnte. Ich habe als Kind keinen liebenden, sondern einen strafenden Gott kennengelernt, weil mir immer mit der Strafe Gottes, der alles sieht, gedroht wurde. Heute gibt es immer noch die häusliche Gewalt an Kindern. Ich würde an kirchlichen Feiertagen auch arbeiten, wenn es nicht verboten wäre. Außerdem sind die kirchlichen Feiertage in Deutschland nicht unbedingt Feiertage in anderen europäischen Ländern mit christlichen Religionen.

Die Kirchen haben ein eigenes Arbeitsrecht, dass ihnen den „Dritte Weg“ ermöglicht, der unter anderem Streiks in kirchlichen Einrichtungen und Unternehmen ausschließt. „Dass der Arbeitgeber allein beansprucht, die Regeln aufzustellen, an die sich dann alle halten müssen, ist ein Eingriff in die Grundrechte der kirchlichen Arbeitnehmer“, sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft Ver.di. Und nicht nur das. Laut einem Pressebericht beschäftigt die Diakonie Zehntausende Mitarbeiter aus eigenen Zeitarbeitsfirmen - und drückt so die Lohnkosten. Mit christlicher Nächstenliebe hat das wenig zu tun. In Art 137 des GG steht: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.“ Daraus das Selbstbestimmungsrecht für die Kirchen abzuleiten ist nicht gegeben.

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände finanzieren sich nicht aus der Kirchensteuer sondern fast ausschließlich durch Mittel des Sozialstaates. Die Kirchensteuern für EKD und die KKD zu je ca. 5 Milliarden jährlich werden durch die staatlichen Finanzämter eingezogen und es wird nur ein geringer Anteil des Verwaltungsaufwandes durch die Kirchen ersetzt. Alle anderen Religionsgemeinschaften müssen ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen. Hinzu kommen landesgesetzlich geregelte staatliche Zuschüsse, z.B. für Kardinäle, Bischöfe, Vikare, Pfarrer und kirchliche Verwaltungsbeamte, die wie Staatsbeamte behandelt werden, für theologische Fakultäten und weitere Einrichtungen der Kirche. Nach Berechnungen von Carsten Frerk betragen die direkten und indirekten Leistungen, die der Steuerzahler den katholischen und der evangelischen Kirchen und deren Einrichtungen bisher gewährt, jährlich rund 19 Mrd. Euro. Diese Summe enthält nicht die ca. zehn Milliarden Euro Kirchensteuern. Die schätzungsweise 45 Milliarden Euro für Caritas und Diakonie kommen noch dazu. Warum müssen die etwa 40% Konfessionslose das alles mitfinanzieren? Gemeinhin werden die Staatsleistungen als Kompensation für vermeintliche „Enteignungen“ im Zuge der Säkularisation (Reichsdeputationshauptschluss von 1803) gerechtfertigt. Zugleich besteht jedoch seit 1919 ein Verfassungsgebot, diese Zahlungen abzulösen. Dieser Verfassungsauftrag wird bis heute von der Politik ignoriert. Hinzu kommen noch viele steuerlichen Privilegien des Staates. Jedes Unternehmen muss dem Finanzamt seine Bilanz zeigen, nicht aber die Kirchen. Einige Diözesen wissen selbst nicht wieviel Vermögen sie haben.

Verwerflich finde ich, dass den Großkirchen die Privilegien durch den Konkordatsvertrag mit einem der größten Verbrecher, mit Hitler, zugefallen sind und sich niemand am Fortbestand des Vertrages stört. Es gibt aber auch nichtkirchliche Organisationen wie die AWO, das Rote Kreuz, der ASB und andere, die auch gute soziale Dienste leisten.

Ich war 10 Jahre ehrenamtlicher Kassier bei der AWO-Erlangen West und habe jahrelang humanitäre Hilfe für ein Heim für behinderte Kinder und Jugendliche in meinem Geburtsort, für das Provinzkrankenhaus Novi Sad und das Novisader Humanitäre Zentrum (NSHC) in Novi Sad, in Serbien, geleistet, ohne die Kasse der AWO zu belasten. Die LKWs habe ich, wegen der Kenntnisse der Landessprache, begleitet. So haben sich auch Zehntausende anderer Bürger ehrenamtlich engagiert, die keiner Kirche angehören.

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzende:
Gabriele Greif-Cappell

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der Vorstand lädt zur nächsten Distriktversammlung Anger-Bruck am

Mittwoch, 9.10.2019, 18.00 Uhr

beim Angerwirt, Guhmannstr. 10

ein.

Unser Protokoll aus der letzten Sitzung v. 11.9.2019:

Das Angerfest wurde im Nachgang noch einmal besprochen und wie bekannt und benannt: Wir sind nächstes Jahr wieder dabei.
Im Frühjahr 2020 sollten bereits dbzgl die ersten Gespräche und Gedanken geführt und erarbeitet werden.
Martin Müller bot bereits gegenüber „ Der Villa „ Unterstützung zwecks Getränkestand / Lieferant an.
G. Greif brachte einen Flyer des Kulturpunktes Bruck mit, um die Anwesenden über die Auflistung und Angebote zu informieren.
Die Überlegung wurde diskutiert, unsere Treffen in diesem Flyer mit veröffentlichen zu lassen.
Es fand ein Gedankenaustausch über die SPD ..... Früher – Heute ..... statt.
Wo sind die Arbeiter ? Der Anteil der Akademiker ist auch in unserer Partei recht hoch
(siehe auch unsere Stadtratsliste)
Angestoßen da durch ergab sich eine kleine intensive Diskussion über den vereinbarten Mindestlohn.
Jürgen Graser fragt an, was inzwischen mit dem ausgeschriebenen Wettbewerb:
„ Soziale Stadt „ aus dem Jahr 2014 zwischen 63 Städten, passiert ist.
Diese Anfrage wird an das Rathaus weitergeleitet.

Martin Müller berichtet aus dem Forum StuB:
Am Montag den 09.09.19 traf sich das Dialogforum an der Endhaltestelle „Am Wegfeld“ der Nürnberger Straßenbahn.
Dort besichtigten wir zu Beginn den modernen und Barrierefreien Endhaltepunkt der Straßenbahnlinie 4. Von dort ging es mit einer Sonderfahrt mit dem neuesten Straßenbahntyp Variobahn der Fa.Stadler, diese werden voraussichtlich auch auf der Strecke der Stadt-Umland-Bahn eingesetzt.
Auf der Fahrt konnten wir uns einen Überblick über die verschiedenen Bahnsteigvarianten im Straßenbahnnetz der VGN ansehen. Viele waren Barrierefrei ausgebaut, einige nicht z.B. Plärrer.
Unsere Fahrt endete im historischen Straßenbahndepot St. Peter. Dort gab es nach kurzer Stärkung eine Führung durch das Depot bei dem uns die Geschichte der Nürnberger Straßenbahn näher gebracht wurde. Zum Abschluss gab es einen Sachstandsbericht zum Raumordnungsverfahren und den weiteren Planungen der Stadt-Umland-Bahn.
Gegen 21 Uhr ging es dann wieder zu unserem Ausgangspunkt.

Dazu wollen wir Herrn Große-Verspohl vom Zweckverband zu einer unserer Sitzungen einladen.

Wir diskutierten ebenfalls über die Hort- und Krippenplätze. Sie sind deutliche Mangelware in unserem Distrikt. Lässt sich eine tatsächliche Bedürftigkeit überprüfen ?
Ab März wird eine große Baustelle über angedachte 30 Wochen zwischen dem Anger und der P.-Gossen-Str. entstehen (Rohre für Fernwärme werden verlegt)
Dies soll gut begleitet werden und im Statteilbeirat vorgestellt werden.
Rechtzeitige Informationen an die Anwohner und weitere Betroffenen seitens der Stadt sind selbstredend.

Die Kommunalwahl ist ein wichtiges Thema.
Die erarbeiteten Vorschläge werden bei der nächsten Kreismitgliederversammlung vorgetragen.

Katrin Melzer regt an, speziell eine Ausgabe des Monatsspiegel für den Wahlkampf drucken zu lassen und im gesamten Stadtgebiet verteilen zu lassen.

Ebenso der ErlangenPass und ErlangenPass Plus ...hierzu Informationen gezielt in die Briefkästen der Bürger werfen.

Verschiedenes

Für den Vorstand:
Gabriele Greif-Cappell

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

16. Oktober, 19.00 Uhr, Schützenhaus,

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe GenossInnen, unsere nächsten Treffen finden statt am

08.10 und 19.11

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

15. Oktober, 20.00 Uhr, Kulisse,

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe GenossInnen,
das nächste Treffen der SPD Erlangen-Ost findet statt am

15.10.2019 um 19.00 Uhr im Brückenpaulus

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genoss*innen,

wir wollen unsere Sitzung im Oktober dazu nutzen unsere Wahlkampfaktionen für die Kommunalwahl zu planen. Bitte überlegt euch deshalb bis zur Sitzung was wir neben den schon besprochenen Aktionen (Kippen-Flaschen/Müllsammeln, Waffelbacken, Wenn ich OB wär-Pinwand) noch machen könnten. Außerdem gibt es falls es klappt noch ein zweites Hauptthema in der Oktobersitzung, das ist bis zum Redaktionsschluss leider noch nicht fest gewesen.

Unsere nächste Sitzung findet statt am: 9. Oktober, 20 Uhr im Güthlein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Kommunalwahlkampf
4. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
5. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
6. Verschiedenes

Ich freue mich wie immer auf zahlreiches kommen!
Solidarische Grüße,
Tobias Körber

AsF

Sprecherinnen:
- Birgit Brod
  biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Valeria Fischer
  valeria-fischer@t-online.de
- Katrin Hurle
  katrin9290@googlemail.com
- Johanna Pfister

Liebe Genossinnen,

Wir möchten euch herzlich einladen zur diesjährigen Jahreshauptversammlung des AsF-Kreisverbands Erlangen. Diese findet am

Mi, den 23.10. um 19 Uhr im August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5)

statt.

Auf dieser Versammlung werden wir ein neues Vorstandsteam wählen. Wenn ihr Lust hast, künftig im AsF-Vorstand mitzumachen, aber zur Jahreshauptversammlung verhindert seid, könnt ihr uns gerne vorher kontaktieren (unter katrin9290@googlemail.com). Wir freuen uns über engagierte Frauen, die sich bei uns einbringen wollen!
Eine offizielle Einladung mit Tagesordnung werdet ihr noch erhalten.

Solidarische Grüße,
Euer AsF-Kreisvorstand

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,

im Oktober treffen wir uns am
- 08.10. Thema: ökologischer Landbau und Biosiegel
- 22.10. Thema: Kommune als Gegenmacht

Diese Sitzungen finden jeweils um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des ABH statt. Des Weiteren findet am 08.10. eine Vorstandsitzung um 17:45 Uhr im ABH statt.

An den anderen Dienstagen treffen wir uns zum Wikingerschach am Bohlenplatz (immer 18 Uhr).

Wir freuen uns natürlich auf euer zahlreiches Erscheinen bei allen Terminen.

Grüße, euer Vorstand

Erlangen
SPD

MIT IHNEN VOR ORT

Ja für Erlangen

Veranstaltung in Eltersdorf mit Florian Janik
Samstag, 05.10.2019, 15.00 Uhr, Treffpunkt: Egidienplatz

Veranstaltung auf der Brucker Höhe mit Florian Janik
Sa., 12.10.2019, 14 Uhr, Details folgen*

Veranstaltung in Frauenaurach mit Florian Janik
Sa., 19.10.2019, 15 Uhr, Details folgen*

Veranstaltung in Tennenlohe
Sa., 26.10.2019, 15 Uhr, Details folgen*

***per Mail sowie bei Anfrage in der Kreisgeschäftsstelle**

V. i. S. d. P.: D. Rosner, Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen.